

Datum: 15. Dezember 2011

Flughafen Hahn geht finanziell die Luft aus

In spätestens vier Jahren droht dem Flughafen Hahn die Pleite. Da er hohe Verbindlichkeiten von mehr als 120 Millionen Euro hat, für die er unter anderem Zinsen zahlen muss, entsteht jährlich ein Minus in zweistelliger Millionenhöhe, das der Hunsrück-Airport aus dem Eigenkapital ausgleichen muss.

Die CDU im Landtag fordert, die öffentliche Hand – also das Land – solle künftig die Kosten für jene Investitionen in die bauliche Infrastruktur (Start- und Landebahn, Rollwege, Vorfelder, Terminal) übernehmen, die zu den hohen Schulden geführt haben. In der rot-grünen Landesregierung herrschen darüber unterschiedliche Ansichten. Während es aus dem SPD-Innenministerium heißt, das werde seit geraumer Zeit erwogen und geprüft, sagt die Grüne Jutta Blatzheim-Roegler, die Betriebswirtschaftlichkeit müsse „ohne öffentliche Zuschüsse gewährleistet sein“.

Zwischen Rot-Grün gibt es hinsichtlich des Flughafens grundsätzliche Differenzen. Die SPD hält den Hahn für ein wichtiges Infrastrukturprojekt, verweist auf die volkswirtschaftliche Komponente mit tausenden Arbeitsplätzen und einem hohen Steueraufkommen. Für die Grünen steht der gesundheitliche Schutz der Anwohner vor Lärm „über allem“. Während die Sozialdemokraten dem Frachtbereich große Entwicklungschancen beimessen, betont die Ökopartei, namhafte Cargo-Unternehmen hätten bereits einer dauerhaften Stationierung ihrer Logistik-Flotte auf dem Hahn eine Absage erteilt.

Hintergrund: [Frachtflug kontra Lärmschutz: Gezerre um den Hahn](#)

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten